

Erheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gespaltene Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 9 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 1. März 1912

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Die Entwicklung unserer Organisation im Jahre 1911. — Zur Generalversammlung in München. — Der Fachverein der Tischler, Kleber, Sattler und Ledergalanteriearbeiter und -arbeiterinnen Ungarns. — Sitzung der Schlichtungskommission für die Berliner Album-, Wappen- und Galanteriebranche. — Die Forderungen der Arbeiterberufe. — Streiks u. Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bücherchau. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Verammlungsstammler. — Anzeigen.

Für die Woche vom 3. bis 9. März ist der 10. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Erfurt.** Die Militäreffektenfabrik der Firma Hermann hat zwecks Heranziehung billiger Arbeitskräfte den größten Teil ihrer Leute entlassen. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

**Frankfurt a. M.** Der Zuzug von Wagenfaktlern ist fernzuhalten.

**Hamburg.** Die Treibriemensattler haben den Unternehmern eine Tarifvorlage eingereicht. Bis zur Erledigung dieser Bewegung ist jeder Zuzug streng fernzuhalten.

## Die Entwicklung unserer Organisation im Jahre 1911.

P. B. Da wir in wenigen Wochen an die Münchener Generalversammlung den Geschäftsbericht über die verflossene Berichtperiode zu erstatten haben, so haben wir uns in unserem gedruckten Geschäftsbericht für 1911 nur auf die Wiedergabe des Zahlenmaterials beschränkt. Was textlich dazu noch zu sagen wäre, wollen wir an dieser Stelle in Kürze unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen.

Nach den Erfolgen des Jahres 1910 waren wir etwas vermehrt worden und wurde bei manchem die Hoffnung ausgelöst, Ende des Jahres 1911 mit 15.000 Mitgliedern abschließen zu können. Dieser Wunsch ist allerdings nicht in Erfüllung gegangen, jedoch ist der Abschluß befriedigend. Das Tempo konnte unmöglich in derselben Weise halten, denn große Massen von Industriearbeitern haben wir nicht zu gewinnen vermocht und der zeitweilig arbeitende Sattler ist ein schwieriges Agitationsobjekt. Das Jahr schloß also mit 13.819 Mitgliedern, davon 1168 weibliche. Letztere fanden im Laufe des Jahres schon einmal höher, aber trotzdem bleibt gerade die Zunahme der weiblichen Mitglieder von 225 zu beachten. Die Gesamtzunahme im vergangenen Jahre beträgt demzufolge 1219 Mitglieder. Betrachtet man die Eintritte und den Verlust eines jeden Vierteljahres, dann ist man erstaunt, wie ungeheuer hoch noch die Fluktuation ist. Im Laufe des Geschäftsjahres sind nicht weniger wie 4218 Personen in unsere Organisation eingetreten

resp. übergetreten, so daß also rund 3000 auf das Verlustkonto gesetzt werden können. Hierunter befinden sich allerdings einige Hundert zum Militär Abgemeldete, doch ändert dies an der Tatsache nichts, daß Tausende ausfliegen wie in einem Taubenschlag. Für unsere Organisation entsteht dadurch eine Menge Agitationsarbeit, die immer ununterbrochen ausgeübt werden muß. Nun ist diese Fluktuation aber auch nicht zu überschätzen. In der überaus großen Mehrzahl handelt es sich um Kollegen, welche in den ersten Monaten ihrer Mitgliedschaft stehen und außer den gezahlten Beiträgen einen größeren materiellen Verlust nicht haben. Der Stamm der festhaften Arbeiter wechselt nicht so leichtsinnig mit ihrer Mitgliedschaft, weil er einen bedeutenden materiellen Verlust noch sich zieht. Immerhin werden die Verbandsinstanzen darüber zu jammern haben, welche Reformen sie erstreben sind, um dieser Fluktuation wenigstens etwas Abbruch zu tun.

Das zweitmüchtigste Gebiet ist das der Lohnbewegungen. Abgesehen von dem kurzen Zeitraum seit der Verschmelzung können wir uns nicht erinnern, niemals mit einer solchen Flut von Bewegungen zu tun gehabt zu haben. Die enorme Personenzahl, die diesmal in die Bewegungen einbezogen wurde, erklärt sich durch den Tarifablauf in der Lederverwarenindustrie. An Bedeutung steht diese Bewegung ja an erster Stelle und ist darüber in unserem Organ ausführlich berichtet worden. Die Unzufriedenheit mit dem damaligen Abschluß hat sich jetzt gelegt und hat die ruhige Ueberlegung gesiegt. Außer der großen Tarifbewegung wurde diese Industrie noch in einer Reihe anderer Städte wie Bielefeld, Breslau, Nürnberg u. a. in Lohnbewegungen ermittelt und sind fast durchweg gute Abschlüsse erzielt worden. Nächst der Lederverwarenindustrie ist die Wagenbranche stark an Bewegungen interessiert gewesen, und zwar in einem Maße, wie dies bisher noch nicht der Fall war. Man spürt hier recht deutlich den Schritt der Entwicklung in dem Automobilismus, und wenn nicht alle Zeichen trügen, kann uns auch die Zukunft in dieser Branche noch schwere Kämpfe kosten. Die Geschirrbetriebe waren rühriger wie in früheren Jahren und wurden nicht weniger wie 176 Betriebe mit 723 Beteiligten in die Bewegung hineingezogen. Die Militäreffektenbranche sowie auch die Treibriemensindustrie wurden weniger engagiert. Nachstehende Zusammenstellung ergibt ein kleines Bild der Bewegungen in den einzelnen Branchen.

Branche	Zahl der Bewegungen	Zahl der Betriebe	Zahl der Beteiligten	Die Bewegung verlief			Es wurden erreicht
				erfolgreich	teilw. erfolgreich	erfolglos	
Geschirrb.	13	176	728	1	2	—	1294
Militäreffektb.	6	17	167	4	—	2	121
Lederverw.	18	450	8696	16	1	1	12104
Treibriemenbr.	6	8	128	4	2	—	151
Wagenbranch.	32	58	629	20	2	1	498
Sonst. Branch.	8	23	480	5	3	—	1114
	88	729	10818	60	10	4	15217

Es fanden also insgesamt 83 Bewegungen in 729 Betrieben statt und wurden 10.818 Personen von den Bewegungen erfasst. Wie in früheren Jahren, kam es auch in diesem Jahre nur in einer geringen Anzahl von Fällen zum Kampf. In 21 Fällen wurden 489 Personen in Kämpfe verwickelt, darunter in 14 Fällen mit 222 Personen in Angriffskämpfe. In einzelnen Fällen eskalierten sich die Kämpfe recht heftig und wurde insgesamt 623 Tage gestreift. Die beteiligten Streikenden verloren 9236 Arbeitstage, was also auf eine lange Dauer der einzelnen Streiks deutet.

Die 62 Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen, an denen 10.329 Personen beteiligt waren, endeten in 53 Fällen mit einem vollen, in 9 Fällen mit teilweisem Erfolge. Dieses Resultat darf die Organisation sehr befriedigen, insbesondere deshalb, weil auch die Streiks in 16 Fällen mit vollem Erfolge und in einem Falle mit teilweisem Erfolge beendet werden konnten. Nur in vier Streiks blieben wir auf der Strecke, d. h. wir verloren wohl den Streik, aber die Mitglieder blieben treu zur Fahne stehen.

Die Einzelresultate der Bewegungen lassen sich in folgender Weise zusammenfassen:

Bei den 83 Lohnbewegungen inkl. Streiks wurde erzielt für	7 195 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitver-
10 868 ..	fürzung von 15 217 Stunden,
1 431 ..	eine wöchentliche Lohnerhöhung
1 002 ..	von 22 403 Mk.,
10 240 ..	Zuschläge für Leberstunden,
10 145 ..	Zuschläge für Sonntagsarbeit,
105 ..	sonstige Verbesserungen, darunter
215 ..	tarifliche Regelungen ihrer Lohn-
	und Arbeitsbedingungen,
	die Abwehr von Lohnreduzierung
	in Höhe von 405 Mk. pro Woche,
	die Abwehr sonstiger Verschlech-
	terungen.

Diese Errungenschaften steigen in ihrem Wert, sobald wir nicht unberücksichtigt lassen, daß in der Mehrzahl der Fälle, und dies sogar in den wichtigsten, wir es mit einem gut organisierten Unternehmertum zu tun haben. Auch unsere Unternehmer haben die Macht der Organisation anerkannt und machen einen ausgiebigen Gebrauch davon. Dieses Rükken der Unternehmer zwingt unsere Organisation zur äußersten Wachsamkeit. Die Ueberwachung der Innehaltung der Tarifverträge ist eine ständige Aufgabe unserer Organisation und kostet öfters mehr Mittel als wie der Abschluß eines Vertrages.

Das Jahr 1911 hat also an unsere Organisation große Anforderungen gestellt. Allerdings wurden größere finanzielle Mittel dazu nicht benötigt, weil nur ein kleiner Prozentsatz zu der Waffe des Streiks greifen mußte. Wie es heute bei uns aussähe, wenn es anders gekommen wäre, kann an dieser Stelle nicht Gegenstand der Beurteilung sein. Ein Studium der Zahlen des Rechenschaftsberichtes mit den nötigen Schlussfolgerungen belehrt uns auch über diese Materie.

Ein gleich wichtiger Bestandteil des Berichtes ist die Rechnungslegung der Hauptkasse. Die Aufstellung der Lokalkasse mußten wir wegen Klammangel unterlassen und kommen wir im Geschäftsbericht an die Generalversammlung darauf zurück. Die Beitragsleistung im letzten Jahre kann als befriedigend bezeichnet werden. Insbesondere hat sich das letzte Quartal angelassen, wo nur eine geringe Mit-

aherzunahme zu bezeichnen ist, dabei eine Beitragssteigerung um 2600 Mk. Die Beitragsleistung des ganzen Jahres betrug 254.000 Mk. und in dieselbe um 25.000 Mk. gegenüber 1910 gestiegen. Trotzdem können wir mit diesem Ergebnis vom Mahenstandpunkt aus nicht zufrieden sein, weil mit der anderen Seite die Ausgaben für das Unterhaltungsweisen ständig im Wachstum begriffen sind. Haupt sächlich hat die Erwerbstätigenunterstützung enorme Summen verschlungen und ist es das erstmal, daß für diese Unterhaltungsart fast rund 100.000 Mk. angegeben wurde. Die Profopausgabe liegt gegen über dem Vorjahre um 1,59 Mk. und betrug 7,51 Pfennig, im Jahre 1909 waren es 7,62 Mk. Diese enorme Steigerung dieser Unterstützung in einer Zeit, die man als Krise nicht bezeichnen darf, gibt außerordentlich zu denken. Die Kosten für Streiks und Lohnbewegungen sind über 20.000 Mk. zurückgegangen und können doch noch als hoch bezeichnet werden, wenn man berücksichtigt, daß wir im Vorjahre nicht die Kämpfe wie 1910 (Leipzig, Görlitz) zu führen hatten. Die übrigen Ausgabenposten sind in der Kopfziffer fast gleich geblieben und haben bei vielen Positionen sogar niedrigere Zahlen Platz ge ritten. Trotzdem befriedigt uns der Abschluß nicht. Darüber ist bereits früher geschrieben worden und ist die augenblickliche Diskussion über die Beitrags erhöhung die Vorarbeit zu den Reformen, die uns in München ermarren und uns dringender nottun.

Vom übrigen Verbandsleben, von der Agitation, dem Nachhaken und dergl. wollen wir an dieser Stelle uns nicht ins Weite verlieren. Wir haben da so manchen Wunsch auf dem Herzen, den wir aber in etlichen Wochen doch wiederholen müssen. Was wir vermessen ist, daß man in einer großen Reihe von Erwerbsverwaltungen mit dem nötigen Eifer an die Verbandsarbeiten herangeht. Es darf zugegeben werden, daß die Reichstagswahlen viele Kräfte abforciert haben und daß auch nachher eine begreif liche Ermüdung eintrat. Jetzt dürfte aber unter allen Umständen die Schonzeit vorbei sein. Schon steigt der junge Saft in Baum und Strauch, allent halben sind kleine Zeichen als Vorzeichen zu er blicken. Um diese Zeit herum wurde es auch immer bei uns lebendig zu neuem Schaffen und darf man besonders in diesem Jahre erwarten, daß unsere Kol legen rührig sein werden, um dem Erfolg des Jahres 1911 neue Errungenschaften auf allen Gebieten unse res gewerkschaftlichen Programms hinzuzufügen zu können.

**Zur Generalversammlung in München.**

**XII.**

**Süddeutsche Wünsche.**

Schon wieder ein Keutlinger, werden die Freunde einer Beitragserhöhung denken, wenn ich diese Heber schrift lese. Doch vorbeigeschossen. Es kann schließ lich auch aus Süddeutschland mal ein anderer Ge danke kommen. Wenn ich unser Organ nach der Stimmung über die Münchener Generalversammlung erforsche, dann steigt mir oft der Wunsch auf, daß die Donau die Scheidelinie zwischen Nord und Süd sein möchte, denn ich schäme mich fast, wie man hier und dort, bis hinaus an die Wasserfante, wo die sympathischen Menschen mit den besten Augen und den nachsichtigen Herzen und denen man eine große Dosis Wohlwillingkeit nachräumt, sich auf das Keutlinger Urteil über die Beitragsfrage be ruht. Schon der kollegeheimer weist mit gutem Geschick die Annwürfe zurück, welche man dem Zentralvorstand macht, daß er gerade in der Zeit der Teuerung mit einer Beitragserhöhung kommt. Wür den sich diese Kollegen nur einmal fragen, warum der Vorstand diesen Jöhner von uns fordert. Sind die Ursachen dieses Antrages nicht gerade auf die Lebensmittelerhöhung zurückzuführen? Werden wir nicht durch die unferlich-preußische Politik zum jän digen Kampf gegen das heutige Wirtschafts system aufgepeitscht? Schließlich sind unsere Mittel im Berliner Justizium — gemeint ist Hauptkasse — denn auch nicht nur für die Portefeulter und Leder warensticker da. Und circulationsweise ist der Vor stand im vorigen Sommer schon auf die Frage der Förderung der anderen Branchen etwas näher ein gegangen. Wir Autofaktler werden in den nächsten Jahren nicht zu wenig Ansprüche an die Mittel der Zentrale stellen. Wie sieht es bei den Treibriemenfaktlern aus? Schläft da nicht alles in voller Kirch hofsruhe? Also Arbeit in Hülle und Fülle, die aber kostet Geld und wiederum Geld. Die Kritiker der Beitragserhöhung haben aber anscheinend gar nicht den Artikel P. B. in der Nr. 48 vom vorigen Jahre gelesen, wo in dürren Worten der Nachweis erbracht wird, daß nur noch ein Bruchteil der Mit glieder der deutschen Gewerkschaften 50 Pf. und darunter bezahlen, und darunter befinden sich auch noch die weiblichen Mitglieder. Seit dem Kasseler Verbandstag ist bald ein Jahrzehnt verfloßen und

seit dieser Zeit nur 10 Pf. Beitragserhöhung. Noch heute erfüllt es mich mit Stolz, als auf der Dres dener Generalversammlung unsere bayerischen Ver teiler dem Vorstand etwas auf den Leib rücken und einen 50 Pf.-Beitrag forderten. Diese Zeiten sind nun aber überlebt und der 60-Pf.-Beitrag kann als ein Minimum bezeichnet werden, das den Anforde rungen der Tageskämpfe gerecht zu werden.

Um die Beitragserhöhung nun ganz manifestor zu machen, sieht man einzelne Verwaltungsin nen, bei uns im Süden sind es wieder die Keutlinger Kollegen, sich kampfbast für die Einberufung von Gaunkonferenzen bemühen. Leider sind auch im hohen Norden die gleichen Bestrebungen anzutreffen. Unsere Keutlinger Kollegen haben noch die Entschul digung für sich, daß sie die übten Erfahrungen, welche der Somburger Gau eigentlich noch nicht vergessen haben dürfte, der Behandlung von Anträgen der Gaunkonferenzen auf den Generalversammlungen nicht kennen. Ich habe in diesen Tagen das Protokoll von Köln durchgesehen und da hat mir der Kol lege Trevelius aus Somburg fast leid getan, wie er zugehen mußte, daß ein Fick nach dem anderen sich vom Strick löste und den Rhein hinunter schwamm. Alle Anträge wurden abgelehnt oder wurden zurück gegeben werden. Es ist aber auch natürlich. Die Delegierten auf dem Verbandstag sind aus anderem Holz geschnitten und jede Ansicht, welche auf der Gau konferenz mit Gewalt zu Boden gedrückt wird, rich tet sich in der Verwaltungsstelle wieder auf und verdrängt sich zu besonderen Anträgen. Die Dele gierten aber vertreten ihre Verwaltungsstelle und nicht den Gau und sind auch gesonnen, auf dem Verbandstag etwas zu lernen. Wer als Ja oder Neinfragensmaschine nach München kommen will, der bleibe lieber zu Hause.

Für diese wichtigen Aufgaben des Verbandes tages, die hier nur sehr flüchtig berührt wurden, läßt sich aber alles befürchten, wenn sich die Mit glieder solche Ansichten zu eigen machen, als sie jüngst in der schwarzen Kohlenede, der Ort will mir nicht gleich einfallen, zum Ausdruck kamen, wo man in ein und derselben Versammlung beschloß, einen Lokalbeitrag einzuführen resp. zu erhöhen und auf der anderen Seite sich gegen die zentrale Erhöhung ablehnen bezieht. Ist das das fortge schrittene Zeugen, das sich in der Reichstagswahl so gut geschlagen hat? Hebrigens, da ich einmal beim Fortschritt bin, so denke ich an meine Ber liner Freunde, von denen man bis jetzt noch gar nichts gehört hat. Auch Dresden, Leipzig und andere große Orte haben bis jetzt geschwiegen. Wie soll man dieses Schweigen auslegen, gut oder schlecht? Als geborener Optimist betrachte ich dieses als ein gutes Zeichen, man wird diese Reformen wohl als eine Selbstverständlichkeit betrachten.

Und nun habe ich noch einen Wunsch. Ich habe zwar das Gefühl, daß es nicht viel nützen wird, aber schaden kann es auch nichts. Als ich das Wahl labreau des Vorstandes zu Gesicht bekam und da die beiden Metropolen Berlin und Offenbach mit ihrer Vertretung betrachtete, da schoß mir unwillkürlich der Gedanke durch den Kopf, daß bei dieser starken Interessensvertretung man auch einmal daran denken sollte, daß wir über 1100 weibliche Mitglieder haben. Nach dem Statut kommen auf 225 bis 250 Mitglieder ein Delegierter, also wären auch 4 Dele gierten denkbar. Ob die Offenbacher Kollegen durch 14 oder 17 vertreten sind, dürfte sich gleich bleiben, desgleichen dürfte auch eine Berlinerin die Münchener Generalversammlung zieren. Noch dürfte es nicht zu spät mit dieser Mahnung sein, denn die Heranziehung unserer weiblichen Mitglie der zur Mitarbeit ist auch noch ein ungelöstes Problem. Kaver Kuvirch.

**XIII.**

Dessau, unsere am 17. d. M. im „Livoli“ statt gefundene Versammlung bestimmte durch Wahl unserer Kollegen W. Klemenz als Kandidaten zur Generalversammlung in München. Auch wurde der Wunsch geäußert, den Beitrag nicht zu erhöhen, da es uns in Klein- und Mittelstädten jetzt schon außer ordentlich schwer fällt zu agitieren. Die finanziere re Mitgliederzahl in unserer Gegend ist der beste Be weis. Es ist nicht Minderständigkeit auf unserer Seite, sondern das praktische Leben gibt uns recht, und es ist den Kollegen tatsächlich nicht möglich, noch höhere Beiträge zu zahlen; jetzt in der Zeit der allgemeinen Teuerung würden wir gewiß nur Mitglieder ver lieren und wohl kaum neue Aufnahmen machen können. Dem Proteste von Braunschweig, Frei burg usw. wurde zugestimmt und werden die Kol legen gebeten, einen Delegierten nach München zu senden, der in Klein- und Mittelstädten genauen Bescheid weiß und für eine Beitragserhöhung nicht zu haben ist. Eine Gaunkonferenz vor der General versammlung zu beantragen, haben die Kollegen ab. Erstens sei die Zeit zu kurz und zweitens aus finan zierten Gründen. Die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung findet am 16. März d. J., abends 9 Uhr, im „Livoli“ statt.

**Der Fachverein der Tschmer, Riemer, Sattler und Ledergalanterierarbeiter und -arbeiterinnen Ungarns**

hat am 18. Februar sein zwanzigjähriges Jubiläum feierlich begangen. Das Jahrbuch „Tschmer“ brachte geschichtliche Rückblicke über die Entwicklung unserer ungarländischen Brudergesam mung, denen wir einige Daten entnehmen.

Zur Jahre 1892 kam es zur Gründung des „Fachvereins der Budapestter Buchbinder, Kattler, Tschmer, Riemer, Sattler und Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen“. Doch begann das eigentliche Vereinsleben erst mit einer öffentlichen Versamm lung am 29. Januar 1894, in deren Verlauf sich auch der Vorstand konstituierte. Dessen erste Arbeit war es, die Protokolle des Jahres 1892 zu vernichten. Die Begründung eines derartigen Vorgehens konnte nicht erfolgt werden, weshalb alle Daten aus dem Gründungsjahre fehlen. Arbeitsnachweise, Rechts schutz und Arbeitslosenunterstützung wurde sofort eingeleitet. Schon diese Einrichtungen bezeugen, daß die Vereinseitigung bestrebt war, mit der lebhaften Entwicklung der allgemeinen Arbeiterbewegung Schritt zu halten. In den ersten zehn Jahren seines Bestehens konnte sich der Verein nicht recht ent wickeln. Die Arbeitslosigkeit war zeitweise so groß, daß sie alle Vermittel verbrauchte. Im Jahre 1894 gab es die erste Lohnbewegung. 1896 zählte der Ver ein 120, 1897 185 Mitglieder. In diesem Jahre schieden die Buchbinder, zwecks Gründung einer eigenen Organisation, aus. Der Mitgliederbestand fiel auf 119 herab, stieg im nächsten Jahre auf 118, sank aber bis zum Jahre 1902 auf 72. Mit Beginn des zweiten Dezenniums setzte auch ein regeres Ver einleben ein. Die Mitgliederzahl stieg auf 145, im Jahre 1904 auf 170, 1905 auf 232. Die Generalver sammlung 1906 setzte einen einseitigen Vertrag fest, erhöhte die Unterstützungsätze und führte das Jahrbuch „Der Lederarbeiter“ obligatorisch ein. 1906 wurde der Anschluß an den Arbeiterverband diskutiert. Am 1. Mai wurde ein selbständiges Jahrbuch herausgegeben. Die Ledermöbelarbeiter schlossen sich dem Verein an, so daß im Jahre 1907 469, 1909 700 Mitglieder gemeldet werden konn ten. In diesem Jahre schlossen sich die Ledergalan terierarbeiter an, die bisher dem Buchbinderver ein angehört. Der letzte Bericht spricht von 450 Mitgliedern in Budapest und 250 in der Provinz. Den ersten Streik führten die Tschmer im Jahre 1894. Nach neunmühtigem Kampf erzielten sie den Minimallohn von 12 Kronen und den Maximallohn von 36 Kronen (die Schuhmacher erhielten 36 Kronen), ferner die sechsstündige Arbeitszeit, was eine Ver minderung von täglich 3 Stunden bedeutete. An der Bewegung nahmen 80 Arbeiter teil.

Der im Jahre 1905 geführte Streik brachte den Arbeitern — im Wege eines mit den Arbeitgebern auf drei Jahre abgeschlossenen Vertrages — die neun stündige Arbeitszeit, die allgemeine zehnprozentige Lohnerhöhung, den Minimallohn von 10 Kronen u. a. Im Jahre 1908 wollten die Arbeitgeber weder den abgelaufenen Vertrag erneuern, noch aber die Forderungen der Arbeiter annehmen. Es kam nun zu einem achtmühtigen Streik, der jedoch mit sehr wenig Erfolg beendet wurde. Es wurden Einzelver träge geschlossen. An der Bewegung nahmen 130 Ar beiter teil.

Seit dieser Zeit war es mit der Organisation nicht am besten bestellt, und nur im Jahre 1911 rafften sich die Arbeiter wieder auf, um ihre Lage zu verbessern. Im Sommer dieses Jahres kam es zu einem Streik, bei welchem ein Vertrag mit vier jähriger Gültigkeitsdauer erzielt wurde. Die wich tigen Punkte dieses Vertrages waren: die neun stündige Arbeitszeit, 10 Proz. Lohnerhöhung, die Be zahlung der Feiertage und die Anerkennung der Ge werkschaft. 130 Arbeiter waren an diesem beteiligt, an Unterzählungen wurden 3233 Kronen ausgezahlt.

Eine namhaftere Provinzgruppe ist die Snorer, welche 80 Mitglieder zählt. Sämtliche Branchen haben dort einen auf drei Jahre geschlossenen Kollektivvertrag, welcher eine zehnprozentige Lohnerhöhung brachte und die neunstündige Arbeitszeit sichert.

Im Jahre 1906 fand ein größerer Streik der Riemer statt, wozu 136 Riemi- und Militärriemer teilnahmen. Die Arbeitszeit ist von 11 bis 12 Stunden auf 9½ reduziert und der Lohn um 15 Proz. erhöht worden. Die zur selben Zeit eingeleitete Bewegung der Maschinenriemer hatte ebenfalls den Kollektivvertrag, die 9½stündige Arbeitszeit, ferner eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung und den Minimal lohn von 26 Kronen erzielt.

Der in 1908 eingeleitete Aufschwung in den Riemi tärmaschinenfabriken hat die Arbeiter zu einer Aktion behufs Bestimmung der Akordlöhne bemogen, welche auch mit Erfolg endete, jedoch haben sich die Verhältnisse spärlich, als die Arbeitslosigkeit ab nahm, sehr verschlechtert. In diesen Fabriken herrscht nun eine unbeschreibbare Ausbeutung, durch das An

treiberstimm. Die Lage ist für die Arbeiter eine unerträgliche.

Nicht viel besser ist es bei den Zivildienstern. Die Arbeitszeit ist die frühere 1/2stündige und der Durchschnittslohn 20 bis 28 Kronen.

Die Budapestler Sattler hatten 1903 ihre erste Lohnbewegung. Die Arbeitszeit wurde damals von 11 auf 10 Stunden reduziert, die Löhne wurden um 15 bis 20 Proz. erhöht. An dieser Bewegung waren 80 Gehilfen beteiligt, darunter waren 22 organisiert. Der zweite Streik erfolgte im Jahre 1908 und dauerte acht Tage lang. Die Arbeitszeit wurde auf 9 1/2 Stunden reduziert, die Löhne wurden um 30 Proz. erhöht; beteiligt waren an dieser Bewegung 58 Arbeiter. Am 20. November 1908 wurden die Sattler ausgesperrt, weil die Arbeitgeber ihre letzte Niederlage nicht verschmerzen konnten. Diese Aussperrung endete im März 1909 damit, daß die Arbeitgeber gezwungen waren, den Arbeitern noch bessere Arbeitsbedingungen zuzugestehen.

Die letzte Bewegung war im Jahre 1911 zu verzeichnen. Nach einem zwölfwöchigen partiellen Streik wurde die Arbeitszeit auf neun Stunden reduziert. Die Löhne wurden allgemein um 10 Proz. erhöht.

Im Jahre 1911 lief der Vertrag der Leder-galanteriearbeiter ab. Nach nahezu achtwöchigen partiellen Streik erhielten sie 8 1/2stündige Arbeitszeit, 8 bis 10 Proz. Lohnerböhung, 28 Kronen Minimallohn und andere Vorteile (Bezahlung der Feiertage usw.). An dem Kampf waren fast sämtliche Budapestler Ledergalanteriearbeiter — zirka 40 — beteiligt, sie sind alle organisiert.

Die Budapestler Leder- und Möbelherzeuger arbeiten auf Grund eines vor fünf Jahren abgeschlossenen Personalvertrages; mittlerweile wurden jedoch die Verhältnisse schon wesentlich gebessert. Die Arbeitszeit beträgt im allgemeinen 8 1/2 Stunden pro Tag, die Minimallohne betragen 32 und 34 Kronen, die Maximallohne 46 bis 50 Kronen. Die Leder-möbelarbeiter führten ebenfalls erbitterte Kämpfe um bessere Verhältnisse — mit Erfolg. Die fünf Budapester Arbeitgeber beherrschten den Markt des ganzen Landes; sie haben sich kartelliert und hätten sie am liebsten die Arbeiter kartelliert unterdrückt. Sie mußten aber schließlich einsehen, daß sie auf diese Art mit den Arbeitern auf keinen grünen Zweig kommen, so haben sie klein bei, worauf die Arbeiter dann ihre Verhältnisse erträglicher gestalten konnten. Leider sind nicht alle Arbeiter in der Organisation beisammen; 40 stehen noch außerhalb derselben.

Galt es bei der Schilderung der Kämpfe unserer ungarländischen Brudergesellschaft und neben den wirtschaftlichen Zuständen auch noch die politischen Verdrückungen und Drangsalierungen vor Augen, so dürfen wir mit Recht sagen, sie hat das Menschenmögliche zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berufsgruppen geleistet. Größere Erfolge werden nicht ausbleiben, wenn alle Sattler, Riemer, Tischler und Ledergalanteriearbeiter den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkannt haben. Daß dies recht bald geschehen möge, ist unser Wunsch. In diesem Sinne wissen wir uns eins mit allen Kollegen Deutschlands und entbieten wir in ihrem Namen unserer ungarländischen Brudergesellschaft die herzlichste Gratulation und hoffen, daß ihr ferneres Bestreben immer von Erfolg gekrönt sein möge.

### Sitzung der Schlichtungskommission für die Berliner Album-, Mappen- und Galanteriebranche.

Die Arbeitgeber, welche den Arbeitnehmern bisher auch für weiche Mappen die Löhne des roten Tarifs zahlten, haben bis zum Ablauf des bezüglichen Vertrages diese Löhne auch weiter zu zahlen.

Diesem Schiedsspruch fällt die Schlichtungskommission am 17. Februar unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz mit folgender Begründung:

Durch die mündliche Verhandlung und die Beweisaufnahme ist das Gericht zu der Überzeugung gekommen, daß die Arbeiter (Portefeuller und Galanteriearbeiter) tatsächlich nicht bloß Buchbinder, sondern auch die sogenannten weichen Mappen unter den roten Tarif bringen wollten. Dagegen konnte nicht mit derselben Bestimmtheit festgestellt werden, daß die Arbeitgeber bei den Tarifvertragsverhandlungen und namentlich beim Abschlusse des Vertrages sich mit den Arbeitern dahin einig geworden sind, hätte und weiche Mappen sollen in Zukunft unter den roten Tarif fallen. Es hat sich aber im Laufe der Verhandlungen ergeben, daß eine ganze Reihe von Arbeitgebern, darunter sogar einzelne, welche Mitglieder der Tarifkommission gewesen sind, nicht nur nach dem alten roten Tarifvertrag, sondern auch nach dem Tarifvertrag von 1911 für Mappen jeder Art auch die Löhne des roten Tarifs entrichteten. Es entspricht daher durchaus der Billigkeit, daß diese Arbeitgeber auch fernerhin, wie in der Entscheidung gesagt, die Mappenarbeiter bezahlen.

### Die Forderungen der Ruhrbergarbeiter.

Nachdem der Zechenverband für das Ruhrgebiet die Lohnangelegenheit der drei Bergarbeiterorganisationen mit dem Bemerkern abgeschlossen, daß er in Lohnfragen nicht zuständig sei, sind unter dem 20. Februar von einzelnen Grubenverwaltungen folgende Forderungen unterbreitet worden:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Proz. und Verteilung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.
2. Die Abschlagszahlung hat spätestens am 25. des laufenden, die Restlohnzahlung spätestens am 10. folgenden Monats zu erfolgen.
3. Achtstündige Schichtzeit, siebenstündige Schichtzeit bei + 22 Grad Celsius, sechsstündige Schicht bei + 28 Grad Celsius. Vorliegende Schichtzeiten verstehen sich inkl. Ein- und Ausfahrt.
4. Heber- und Nebenarbeiten dürfen nur bei Unfällen, Betriebsstörungen oder zur Rettung von Menschenleben und Viehern verfahren werden.
5. In den Kolonienwohnungen ist die sonst übliche emotionale Münderung einzuführen, den Mieters volle Bewegungsfreiheit in bezug auf Organisationszugehörigkeit, Wareneinkauf usw. zu garantieren. Ferner darf kein Zwang zur Haltung von Kostgängern ausgeübt werden.
6. Dafür einzutreten, daß Aufrechnungen der reichsgerichtlichen Leistungen für Knappschadtsinvaliden, Witwen und Waisen seitens des Knappschadtsvereins auf die Knappschadtsleistungen nicht mehr stattfinden.
7. Umwandlung des bestehenden Arbeitsnachweises in einen paritätischen, Aufhebung des noch für Nachbarzechen bestehenden Sperrsystems.
8. Einschränkung des Strafensystems; Strafen von über eine Mark bedürfen der Zustimmung des Arbeiterauschusses.
9. Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichts mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.
10. Errichtung von Ausschussstätten für alkoholfreie Getränke auf den Zechenplätzen.

Der christliche Gewerbeverein sieht in dieser Bewegung Gefahr bei Fuß. Er hat sich in keiner Weise gerührt, um die Arbeiterinteressen zu wahren. Dagegen ist sein Verhalten, die Interessen der Zechenbesitzer zu schützen, offenbar. Am 17. Februar brachte der „Vergknappe“ eine dahingehende Warnung an die Mitglieder, nur ihren gewählten Vertretern zu vertrauen und sich nicht in die Bewegung hineinzuwerfen zu lassen. Der Aufruf spricht dabei von dieser Bewegung als von „Rutchen“ und „wilden Streiks“, bergibt aber mitzuteilen, daß diese Bewegung von der weit überwiegenden Mehrheit der organisierten Ruhrbergleute eingeleitet und geführt wird. Aber noch besser: Die am 17. Februar veröffentlichte Erklärung war schon am 13. Februar der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“, dem Organ der dortigen Scharfmacher, mitgeteilt worden, die bereits am 14. Februar davon Mitteilung machte. Wer den Zusammenhang zwischen christlicher Arbeiterorganisation und Unternehmertum noch nicht gekannt hat, dem dürfte dieser Vorgang zur Aufklärung ausreichen können.

Die Aufnahme der Erklärung in Unternehmertum ist zwar naturgemäß von großer Verdrückung getragen. Interessant ist auch die Stellung der Gelben zu dem Verhalten der Christlichen. Die Erklärung des „Vergknappen“ lautete im Wortlaut: „Kameraden des Ruhrgebiets! Laßt Euch nicht zu Rutchen verleiten! Bewahrt die Ruhe, vertraut den von Euch gewählten Vertretern und laßt nur von diesen ausgehenden Parole. Stant nicht unverantwortlichen Jegern und zu wilden Streiks auslaufenden anonymen Flugblättern! Macht von allen besonderen Vorkommnissen der Gewerbevereinsleitung sofort Mitteilung!“

Dazu bemerkt der „Vergknappe“, das Organ der Gelben im Ruhrrevier, treffend:

„Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Das sind gekunnte nette Gedanken, denen wir lebhaft beistimmen.“

Diese Würdigung des Verhaltens der Christlichen trifft den Nagel auf den Kopf! Sie hat noch den großen Vorzug, daß sie von sachverständiger Seite stammt. Denn niemand kann zu einem Urteil darüber, was gelb ist, besser qualifiziert sein als die Gelben selbst. Es wäre freilich bedauerlich, wenn die gelbe Bewegung auf die Dauer einen so starken Zuwachs bekommen würde, wie das Abschwenken des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter in das gelbe Lager bedeuten würde, wobei seine formelle Mitgliedschaft bei den christlichen Gewerkschaften an seinem Charakter nichts ändern würde. Einstweilen glauben wir jedoch nicht daran, daß die Mitglieder des Gewerbevereins die Schwärzung ihrer Stellung im Ernstfalle mitmachen werden. Diese unsere Ansicht wird noch durch eine am 22. Februar auf Zeche „Victoria“ in Lünen vollzogene Wahl bestätigt, welche um so mehr Bedeutung hat, als es die erste im Ruhrgebiet ist, die nach der Streichproklamation der christlichen Führer stattfand. Zur Wahl standen drei Arbeiterauschussmitglieder.

Es erhielten Stimmen: Verband 175, Gewerbeverein 30. Bei der letzten Wahl am 4. April 1911 erhielt der Verband 80, Gewerbeverein 41. Der Verband hat 95 Stimmen zugunommen, der Gewerbeverein 11 Stimmen verloren. Trotzdem behaupten die Christlichen, nur sie allein besäßen das Vertrauen der Masse.

Am 25. Februar haben mehr als 20 Bergarbeiterversammlungen, an denen die Christlichen sich nicht beteiligten, im Ruhrgebiet Stellung zu obigen Forderungen genommen. Überall gelangte eine Resolution zur Annahme, in der darauf hingewiesen wird, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für die Verwirklichung der berechtigten Forderungen der Bergleute der denkbar günstigste sei. Der Durchschnittsverdienst der Gesamtbevölkerung habe im letzten Quartal 1911 noch immer 24 Pf. unter dem Lohnfuß von 1907 gestanden; der Dauerlohn sogar noch 51 Pf. darunter, obwohl seitdem die ganze Lebenshaltung bedeutend teurer geworden sei. Andererseits sei die Kohlenabfuhr fortgesetzt, und Preisverhöhungen hätten den Zechen des Kohlenfundus außerordentlich erhöhte Einnahmen. Der Vorsitzende des alten Bergarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Sachse, der erst in diesen Tagen an der in London abgehaltenen Sitzung des Ausschusses der internationalen Bergarbeiterverbände teilgenommen hatte, sprach in der Versammlung in Oberhausen. Er wandte sich gegen den vom christlichen Gewerbeverein erhobenen Vorwurf, daß die Lohnbewegung nur dienen solle, den englischen Bergarbeitern die Kostanten aus dem Feuer zu holen. Die englischen Bergarbeiter hätten gelegentlich der letzten Ausschussberatungen in London gar nicht den Versuch gemacht, außerenglische Organisationen zu bewegen, ihnen durch einen Sympathiestreik zu Hilfe zu kommen.

Die obersteinstädtischen Bergarbeiter haben ebenfalls beschlossen, eine Lohnerböhung von 15 Proz. zu fordern. Diese Forderung ist von Vertretern folgender Organisationen unterzeichnet worden: Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Sitz Bochum), Polnische Berufsvereinigung (Abt. Bergarbeiter), Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin, Gewerkschaft Bergarbeiter), Christlicher Gewerbeverein der Bergarbeiter Deutschlands (Sitz Essen), Gewerbeverein der Bergarbeiter (Sitz D. S. Sitz Oberhausen).

Es ist das kritikal, daß die Bergarbeiterorganisationen in Oberhausen zu gemeinsamem Vorgehen sich aufrufen. Durch diese Einigkeit und Geschlossenheit der obersteinstädtischen Bergarbeiter gewinnt die Lohnbewegung an Wucht und Nachdruck.

### Streiks und Lohnbewegungen.

Die Hamburger Treibriemen-Sattler haben sowohl in Betriebsversammlungen als wie auch in einer von über 100 Kollegen besuchten Brandenburger-Stellung genommen zur Verkürzung der 10 1/2stündigen Arbeitswoche und zur Erhöhung der Löhne. In allen Verhandlungen wurde betont, daß die Arbeitszeit viel zu lang und die Zeitlöhne viel zu gering und in keiner Weise den teuren Lebensverhältnissen Hamburgs angepaßt sind. Es wurde einstimmig beschlossen, den Unternehmern einen auf drei Jahre geltenden Tarif zur Annahme zu überreichen, welcher folgenden Wortlaut hat:

#### Vertrag

Zwischen der Firma . . . . . einerseits und dem Verbands der Sattler und Portefeuller, Zahlstelle Hamburg, andererseits, wurde nachstehender Tarifvertrag abgeschlossen, welcher der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern anerkannte Ausdruck dafür sein soll, was für den Arbeitsvertrag in der Treibriemenindustrie Hamburgs und Umgegend als gerecht und billig festzuhalten ist.

#### § 1. Arbeitszeit.

Die regelmäßige Arbeitszeit für alle im Treibriemen-gewerbe beschäftigten Arbeiter beträgt an den ersten fünf Wochentagen täglich 9, Sonnabends 8 Stunden.

Die regelmäßige Arbeitszeit beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 5 Uhr. In den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr nachmittags um 2 Uhr, ohne daß für diese Arbeitszeitverkürzung etwas vom Lohne für 53 Stunden abgezogen werden darf.

Vormittags und mittags wird eine halbstündige Essenspause eingeführt.

Die Arbeiter erhalten alle gesetzlichen und vom Arbeitgeber angeordneten Feiertage entsprechend des Garantielohnes bezahlt.

Für die unumgänglich notwendige Zeiterfüllung bei Kontrollveranlassungen, Musterungen, Vererdigung von Familienangehörigen, ist der Garantielohn zu zahlen. Zulässige Versäumnisdauer drei Stunden.

Entlassungen wegen Arbeitsmangel sollen erst dann stattfinden dürfen, wenn die tägliche Arbeitszeit auf 7 Stunden verkürzt und 14 Tage lang so verkürzt gearbeitet worden ist.

# 13819 Mitglieder

zählte der Verband der Sattler und Portefeuller am Schlusse des Jahres 1911. Seit der Verschmelzung beträgt der Zuwachs 3764 Mitglieder. Für Unterstützungen wurden im letzten Jahre 146 328 Mk. verausgabt, und zwar: Für Streiks und Lohnbewegungen 33 582 Mk., Unterstützung für Gemäßregelte 3 421 Mk., Reisende 5 151 Mk., Arbeitslose 46 022 Mk., Erkrankte 48 375 Mk., Beerdigungsbeihilfe 5 715 Mk., Umzugsbeihilfe 1 844 Mk., Notfallunterstützung 655 Mk., Rechtsschutz 1 552,64 Mk. Mitglieder agitiert, werbet unter den Berufsgenossen u. -genossinnen, auf daß unser Verband noch leistungsfähiger wird und am Jahreschluß mehr als 15 000 Mitglieder zählt.

Die Kündigungsfrist zur Lösung des Arbeitsverhältnisses muß für alle Arbeiter eines Betriebes gleich sein.

### § 2. Löhne.

Der Mindestlohn für Treibriemensattler muß auch den auf Afford Beschäftigten garantiert werden. Er beträgt:

	pro Stunde	pro Woche
	Mk.	Mk.
im 1. Jahre der Berufstätigkeit	0,50	26,50
2. " " "	0,53	28,09
ab vom 3. " " "	0,57	30,21

Hilfsarbeiter, welche die Arbeit gelernter Sattler verrichten, werden wie diese entlohnt.

Beginnt die Berufstätigkeit eines Arbeitsburschen oder Hilfsarbeiters vor seinem 17. Lebensjahre, so wird er in bezug tariflicher Entlohnung nach dreijähriger Berufstätigkeit den gelernten Sattlern gleichgestellt. Er erhält dann im vierten Jahre der Berufstätigkeit 50 Pf., im fünften Jahre 53 und im sechsten Jahre der Berufstätigkeit 57 Pf. die Stunde. Wer im Lebensalter von 18 Jahren seine Laufbahn als Arbeitsbursche oder Hilfsarbeiter im Treibriemengewerbe beginnt, hat nur zwei Jahre nötig, um nach der Lohnstaffel bezahlt zu werden.

Alle Arbeiter müssen mit Einführung dieses Vertrages eine Lohnaufbesserung von 10 Proz. erhalten. Wer durch die Festsetzung der Lohnstaffel weniger oder gar keinen Lohnzuschlag erhalten hat, dem muß der Lohn so aufgebessert werden, daß mindestens 10-Proc. Lohnzulage herauskommen.

Bei Arbeitern, die durch Krankheit, Alter oder Invaliddität minderleistungsfähig geworden sind, unterliegt die Lohnhöhe der freien Vereinbarung.

Alle Arbeitsleistungen, die vor oder nach der für den Betrieb festgesetzten Arbeitszeit ausgeführt werden, haben als Ueberarbeit zu gelten und müssen folgende Zuschläge vergütet werden:

Für die ersten beiden Ueberstunden pro Tag 25 Proz., für die dritte 33 1/2 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. Die zwischen 8 Uhr abends und 7 Uhr morgens fallende Arbeitszeit gilt als Nacharbeit. Bei zweistündiger Ueberarbeit pro Tag muß eine 15minütige Pause gewährt werden, wofür der Lohn gezahlt werden muß.

Ueberarbeit ist möglichst am Tage vorher anzusetzen.

Für Montagearbeit ist zu den festgesetzten Mindest- oder tatsächlich verdienten Löhnen ein Montagezuschlag von 10 Pf. pro Stunde zu zahlen. Außerdem ist an Speisen zu vergüten: Für das Hamburger Stadtgebiet 0,80 Mk. pro Stunde, in Deutschland 4,50 Mk. pro Tag und im Auslande 6 Mk. pro Tag.

Die Fahrzeit am Tage ist wie die Arbeitszeit zu bezahlen, nach Feierabend, des Nachts oder Sonntag kommen die dafür festgesetzten Zuschläge in Anrechnung.

Werkzeug und Montageanzüge stellt die Firma. Die Affordarbeit ist in der Weise abzuschaffen, als alle Neueinstellungen nur gegen Zeitlohn zu geschehen haben und kein Zeitlohnarbeiter mehr auf Afford beschäftigt werden darf.

Die Affordlöhne sind mit den in Betracht kommenden Arbeitern des Betriebes zu vereinbaren, auf eine Liste zu notieren und an einer, allen Arbeitern sichtbaren Stelle, auszuhängen.

Muß der Arbeiter ohne sein Verschulden auf Arbeit warten, so ist ihm die Wartezeit entsprechend eines Lohnes zu vergüten.

Die Lohnzahlung erfolgt freitags während der Arbeitszeit.

### § 3. Ferien.

Allen Arbeitern, die mindestens ein Jahr im Betriebe beschäftigt sind, wird ein dreitägiger, allen, die zwei und mehr Jahre in einem Betriebe tätig sind, ein sechstägiger Sommerurlaub, bei voller Lohnzahlung, gewährt.

### § 4. Arbeitsnachweis.

Der Arbeitsnachweis der Sattler und Portefeuller ist von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Vermittlung von Arbeitskräften in erster Linie zu benutzen.

### § 5. Gültigkeitsdauer.

Dieser Vertrag gilt vom 1. April 1912 bis 31. März 1915. Wird er nicht drei Monate vor Ablauf dieser Frist von einem der Kontrahenten gekündigt, so läuft er stillschweigend ein Jahr weiter.

### § 6. Ueberwachung.

Während der Gültigkeitsdauer des Vertrages hat der Arbeiterausschuß eines jeden Betriebes die Einhaltung dieser Vereinbarungen zu überwachen und daraus erfließende Streitigkeiten zu schlichten, um nach Möglichkeit Streiks und Aussperrungen zu vermeiden.

Die Entscheidungen des Arbeiterausschusses sind endgültig, wenn nicht von dem Arbeitgeber oder den Arbeitnehmern binnen 8 Tagen Berufung beim Einigungsamt des Hamburger Gewerbegerichts eingelegt worden ist. Dem Spruche des Einigungsamtes haben sich beide Teile zu fügen.

### § 7. Verpflichtung.

Mit dem Tage, an dem dieser Vertrag in Kraft tritt, werden alle Bestimmungen der Arbeitsordnung, die demselben zuwiderlaufen, aufgehoben.

Sondervereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die geeignet sind, die Bestimmungen des Vertrages zu umgehen, sind unzulässig. Beseitende bessere Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschleiert werden.

Wahrregelungen und Entlassungen aus Anlaß der Agitation für diesen Vertrag oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden.

## Sür die Verkürzung der Arbeitszeit.

Eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auch des erwachsenen männlichen Arbeiters bei der jetzigen technisch möglichen Produktivität der Arbeit ist ohne ein durchgreifendes Bedenken möglich geworden. Wird diese Beschränkung im passenden Umfange erreicht, und die so freiwerdende Zeit vom Arbeiter richtig ausgenutzt, so erfolgt ein kulturpolitischer Fortschritt ersten Ranges nicht bloß zum Segen des nächstbetroffenen Arbeiters, sondern der gesamten Kulturwelt.

(Prof. Ad. Wagner-Berlin)

Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Hamburger Treibriemenindustrie verpflichten sich, vorstehenden Vertrag während seiner ganzen Dauer strikte einzuhalten.

Hamburg, den . . . . .

Für die Arbeitgeber . . . . .

Für die Arbeitnehmer . . . . .

Nachdem von einzelnen Kollegen die geforderten Löhne als noch zu gering bezeichnet wurden und Kollege Kümmerli die Kollegen ermahnte, alle Einzelverhandlungen abzulehnen, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die versammelten Treibriemensattler und Hilfsarbeiter des Hamburger Wirtschaftsbereiches halten die gestellten Forderungen als geeignet, einigermassen einen Ausgleich zu schaffen für die durch die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung verursachten Mehrausgaben. Alle Treibriemensattler und Hilfsarbeiter sind gewillt, durch Vermittlung des Verbandes der Sattler und Portefeuller einen auf drei Jahre geltenden Tarifvertrag abzuschließen, weswegen sie die Lokalkommission beauftragen, die notwendigen Schritte einzuleiten und namens aller Treibriemensattler und Hilfsarbeiter mit den Arbeitgebern darüber zu verhandeln. Die Versammelten erwarten von dem sozialpolitischen Verständnis der Herren Arbeitgeber das größte Entgegenkommen, um so den Frieden im Gewerbe im Interesse der Industrie und aller Beteiligten zu sichern.“

Hamburg-Altona. Eine öffentliche Versammlung der bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen tagte am 17. Februar bei v. Salzen. Der Gesellenausschuß erstattete den Bericht über die Verhand-

lungen mit der Innung. Dem ist zu entnehmen, daß der Gesellenausschuß zu einer Innungsvorstands-sitzung am 26. Januar und zu einer Innungs-versammlung am 2. Februar geladen war. In diesen beiden Sitzungen benutzte der Gesellenausschuß die Gelegenheit, die Forderungen der Gesellen ausführlich zu begründen. Während die erste Sitzung mit dem Innungsvorstand vollständig erfolglos verlief, gelang es dem Gesellenausschuß in der Innungsversammlung einen Beschluß herbeizuführen, der besagt, daß am 1. April 1912 in sämtlichen der Innung angehörenden Betrieben die 8 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt wird. — Leider war es nicht möglich, eine zeitgemäße Lohnhöhung bei den Verhandlungen zu erzielen. Es wurde eine Lohnhöhung zugesichert, doch soll die Höhe den einzelnen Arbeitgebern überlassen bleiben. Die darauf folgende Diskussion bewegte sich im Sinne nachfolgender Resolution:

„Die heute am 17. Februar tagende öffentliche Versammlung nimmt durch den Gesellenausschuß Kenntnis von den Verhandlungen mit der Innung. Die Versammelten begrüßen den Beschluß betreffs Einführung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit. Müssen jedoch ihr Verhalten kundgeben darüber, daß ihre berechtigten und beschiedenen Lohnforderungen von der Innung abgelehnt wurden. Falls eine befriedigende Lohnzulage nicht erfolgt, behalten sich die Anwesenden vor, gegen einzelne Betriebe vorzugehen. — Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß nur mit Hilfe einer guten Organisation die Lohnfrage zur Zufriedenheit der Gesamtheit geregelt werden kann, deshalb verpflichten sich die Anwesenden, in der Agitation unermüdetlich tätig zu sein, bis der letzte Berufskollege dem Verbands der Sattler und Portefeuller beigetreten ist.“

Hierauf wurde noch von den Altonaer Kollegen beschlossen, die Ortsverwaltung des Verbandes zu beauftragen, mit der Altonaer Innung in Verbindung zu treten, um dem, was in Hamburg erreicht ist, auch in Altona Geltung zu verschaffen.

Stettin. Den Stellmachern in der Karosserieabteilung der Fabrik für Motorfahrzeuge Gebr. Stöwer in Stettin wurden in der dritten Januarwoche die Affordpreise für die neu einzuführenden Wagenkörper von der Betriebsleitung unterbreitet. Die Stellmacher erkannten diese Preise nicht an und verhandelten durch ihre Kommission unter Pinguizien des Betriebsausschusses mit der Betriebsleitung, ohne jedoch ein annehmbares Resultat zu erzielen. Die Stellmacher traten am 20. Januar in passiver Resistenz. Einen Erfolg erzielten sie dadurch nicht und traten daher am 22. Januar in den Ausstand. Hierauf wurde seitens der Betriebsleitung mit Betriebsbeschränkungen gedroht, wenn die Streikenden am 24. Januar die Arbeit nicht aufgenommen hätten. Ehe die Betriebsbeschränkung zur Anwendung kam, legte man den Sattlern ebenfalls Änderungen der vorhandenen Einzelpreise vor. Die Sattler nahmen in einer Werkstatteversammlung dazu Stellung. Die Preise für die neuen Typen sowie die Änderungen wurden bis auf einzelne angenommen unter der Bedingung, wenn eine Erhöhung der Stundenlöhne gewährt würde.

Die gewählte Kommission unterbreitete dem Meister die von den Sattlern geforderten Preise für die einzelnen Positionen und die Erhöhung des Stundenlohnes. Der Meister war den Forderungen nicht abgeneigt. Eine Verhandlung konnte aber nicht stattfinden, denn am 25. Januar traten die angebrohten Betriebsbeschränkungen in Kraft. Diese sahen so aus: Sämtliche Sattler (mit Ausnahme eines unorganisierten), sämtliche Fischer, die Schleifer in der Radiererei und die Schlosser für Karosseriebeschläge wurden rausgeschmissen. Also keine Einschränkung, sondern Stilllegung ganzer Abteilungen. Dies konnte nur den Zweck haben, daß die Ausgesperrten in irgendeiner Weise auf die Streikenden einwirken sollten, daß diese die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Dies geschah nun nicht. Darauf wurde angedroht, wenn die Stellmacher am 1. Fe-

# 15217 Stunden Arbeitszeitverkürzung

pro Woche für 7195 Personen. 22493 Mk. Lohnerhöhung pro Woche für 10868 Personen ist das Resultat der 83 vom Verbands der Sattler und Portefeuller im Jahre 1911 geführten Bewegungen. Außerdem erreichten 1431 Personen Zuschläge für Ueberstunden, 1092 Personen Zuschläge für Sonntagsarbeit. Für 10145 Personen wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Es fanden statt insgesamt 83 Bewegungen in 729 Betrieben mit 12454 Beschäftigten, wovon 62 Bewegungen mit 10329 Personen ohne Arbeitseinstellung beendet werden konnten.

bruar die Arbeit nicht aufnehmen, werden dieselben entlassen und können an diesem Tage die Papiere in Empfang nehmen. Der erhoffte Erfolg blieb auch hier aus, denn die Streikenden empfingen geschlossenen die Papiere. Am selben Tage wurde durch Voten an zwei Motionsführer der Sattler die Mitteilung gemacht, sie sollen am Freitag, den 2. Februar, mit ihren Kolonnen zur Arbeit kommen. Eine bereits anberaumte Versammlung, welche über weitere Stellungnahme zur Aussperrung beschließen sollte, lehnte das an die beiden Kollegen gezielte Ansuchen einstimmig ab. Ferner wurde beschlossen, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis die Angelegenheit der Sattler mit der Betriebsleitung geregelt sei.

Zwischen hatte eine Besprechung zwischen dem Beamten des Holzarbeiterverbandes und dem Vertreter des Verbandes der Eisenindustriellen stattgefunden. Dies führte dazu, daß die Stellmacher am 6. Februar die Arbeit bedingt wieder aufnahmen. Die Aussperrung wurde nicht gleichzeitig aufgehoben. Die Sattler verlangten eine Verhandlung, um im Sinne des letzten Versammlungsbeschlusses die Angelegenheit zu regeln oder die Meinung der Betriebsleitung kennen zu lernen, um unsere Maßnahmen treffen zu können. Die Verhandlung fand statt, ohne daß weitere Zugeständnisse erreicht wurden. Es wurde gleichfalls angeboten, die Arbeit am 7. Februar aufzunehmen und man sei bereit, sich dann mit uns über die strittigen Preise zu einigen. Ueber die Stundenlohnregulierung werde man uns dann berichten, wenn der Herr Stömer dies vorgelegt erhalten hätte.

Die Kollegen nahmen dieses Angebot an unter der Bedingung, wenn zufriedenstellende Zugeständnisse nicht gemacht würden, die Arbeit wieder einzustellen. Nach Aufnahme der Arbeit vertritt dann ein Tag nach dem anderen, ohne daß uns die versprochene Antwort auf unsere Bedingung gegeben wurde. Es mag dies daran gelegen haben, daß der Meister auf drei Tage beurlaubt war.

Am 12. Februar wurde die Kommission vorstellig, und es fand nun eine Verhandlung statt. Resultat: geforderte Stundenlohnserhöhung 8,6 Pf. pro Stunde, bewilligt 3,8 Pf.; statt 2 Pf. einen oder gar nichts. Der angebotene Preis für ein Landaulet und eine Limonade wurde zurückgezogen und Preis ausarbeiten vereinbart. Mit letztem waren die Kollegen einverstanden, aber mit ersterem nicht. Die Versammlung beschloß, an der geforderten Stundenlohnregelung festzuhalten und nachmalige Verhandlung nachzugehen. Dies geschah. Bewilligt wird nichts mehr war das Resultat. Am 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, nach der Vesperpause, verweigerten sämtliche Kollegen die Arbeit. Es hatte den Anschein, als ob man gar keine Notiz davon nehmen wollte, denn erst nach 1 1/2 Stunden wurde die Kommission gerufen. Nach einhundertstündiger Auseinandersetzung war man einig. Die Kommission brachte den Bescheid: Die geforderte Lohnzulage ist nach unseren Vorschlägen bewilligt! Weiterarbeiten! Auf Einzelheiten während der zweiwöchigen Arbeitsverweigerung einzugehen, lohnt nicht, ebenso die Wiedergabe aus der letzten Verhandlung.

Erzielt wurde an Zulagen für 8 Kollegen 3 Pf. pro Stunde, für 29 Kollegen 2 Pf. pro Stunde. Es ist dadurch erreicht, daß der niedrigste Stundenlohn 40 Pf. beträgt; von da an sind alle Abstriche bis 47 Pf. vorhanden. Für letztere kommen zwei Kollegen in Frage, welche diesmal leer ausgegangen sind. Dieses mußten wir fallen lassen, um nicht alles zum Scheitern zu bringen.

Die Erhöhung wurde deshalb gefordert, weil bei den vorgelegten Affordpreisen ein Ueberverdienst in der Höhe nicht erreicht werden würde, wie es bis dahin der Fall gewesen. Es wurden bisher in der Regel 50 Proz. des Stundenlohnes als Affordüberverdienst erzielt; aber zu bemerken ist auch, daß die Kollegen durch eintägige Aussperrung einen Schaden erlitten haben. Wenn nun wirklich bei den neuen Preisen die Möglichkeit vorhanden sein sollte, noch 50 Proz. Ueberverdienst zu erreichen, so können die Kollegen ein ganzes Jahr arbeiten, um den durch die Aussperrung erlittenen Schaden wieder weitzumachen.

An der Einigkeit der Kollegen wird es jetzt liegen, das Erreichte festzuhalten; wenn es auch noch so gering ist, so ist es doch wert, alles daranzusetzen, um es zu erhalten. Hierzu bedürfen wir auch der Unterstützung der Kollegen anderer Orte. Die Firmen inferieren überall nach Sattlern. Die Zuschriften sind nicht unbedeutend, welche von überall einlaufen. Die Kollegen sollten dies vermeiden und erst die Ortsverwaltung benachrichtigen. Dann wären sie über und die Organisationsinteressen am geeignetsten.

**München.** In der Waggonfabrik von Kallgeber wurde auf dem Wege der Verhandlung, ohne Arbeitseinstellung, der Mindestlohn von 58 auf 57 Pf. und die zurzeit gezahlten Löhne um 4 Pf. pro Stunde erhöht.

## Aus unserem Beruf.

Neue Grundzüge des Kriegsministeriums für Handwerkerarbeiten hat das Kriegsministerium jetzt, wie der Korrespondenz „Deer und Politik“ von militärischer Seite mitgeteilt wird, bei der Verhandlung der Handwerker zu Lieferungen für das Meer zur Durchführung gebracht, nachdem es sich betanlich jüngst grundsätzlich für eine Beteiligung des kleinen Handwerkers an den Lieferungen für die Seeresverwaltung ausgesprochen hat. In erster Reihe ist zu betonen, daß von der Forderung des billigen Angebots Abstand genommen wird, da die Handwerkerorganisationen durch die größere Gediegenheit ihrer Leistungen auch zu etwas höheren Forderungen gezwungen sind, als sie die Großunternehmer mit ihren billigeren und schlechteren Arbeiten stellen. Die Bedingungen, die das Kriegsministerium wegen pünktlicher Lieferung gestellt hat, werden dadurch erfüllt, daß nicht einzelne Handwerker die Arbeiten übernehmen, sondern ganze Verbände kleiner Handwerker, da einzelne Meister bei ihren beschränkten Betriebsmitteln für die umfangreichen Bestellungen der Seeresverwaltung nicht leistungsfähig genug wären. Die Handwerkerorganisationen verpflichten sich in ihrer Gesamtheit zu pünktlicher Lieferung, und wenn bisher die Großunternehmer nur aus dem Grunde in erster Reihe berücksichtigt wurden, weil sie bisher allein bei hoher konventionellistischer pünktlicher Arbeit liefern mußten und konnten, so fällt jetzt dieser Grund fort. Es sind bisher gute Erfahrungen mit der Handwerkerarbeit gemacht worden! Da die Bestellungen der Seeresverwaltung durch ihren bedeutenden Umfang geradezu eine Lebensfrage für den kleinen Handwerker werden können, so ist diese Forderung des Mittelstandes durch unser Meer von allergrößter Bedeutung für das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes.

In diesen neuen Grundzügen des Kriegsministeriums haben unsere Kollegen der Militärbranche ein großes Interesse, weshalb es sich versohnt, etwas näher darauf einzugehen. Daß von der Festimmung des niedrigen Angebots Abstand genommen werden soll, befriedigt uns sehr, wird doch dadurch den Herren Fabrikanten der Hauptleistung gegen die von uns verlangte Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen genommen, jedoch den hier angeführten Gründen können wir nicht beitreten. Nicht die Gediegenheit ihrer Leistungen zwingen die Handwerkermeister zu höheren Forderungen, sondern die nichtstänbliche Betriebsform, die naturnotwendig im Kleinbetrieb vorhanden ist. Ob diesem Uebelstand dadurch, daß die Innungsverbände die Lieferungen übernehmen, abgeholfen wird, bezweifeln wir sehr, da auch bisher schon Innungen Arbeiten übernommen haben, ohne verbesserte Betriebsformen einzuführen. Uns ist bekannt, daß Innungen zu den übernommenen Lieferungen sämtliches Material in zugerichteter Zustände von Fabrikanten bezogen haben, um nur die Zusammenstellung auszuführen. Ist hier Fürsorge getroffen worden, mit diesem die Seeresverwaltung läufenden System zu brechen, so bleibt den Innungsverbänden nur die Errichtung von Betrieben auf genossenschaftlicher Grundlage übrig, über deren Rentabilität wir uns jedoch kein Urteil erlauben.

Wenn man aber sieht, wie das Kriegsministerium eifrig bemüht ist, einen möglichst großen Kreis von Personen an dem Unternehmerrgemitium teilnehmen zu lassen, so ist die Frage aufzuwerfen, ist auch Vorseorge getroffen, daß den Arbeitern, als dem größten Teil der bei der Fabrikation in Frage kommenden Personen zeitgemäße Löhne garantiert werden? Die Affordhöfe der Militärausrüstungsgegenstände sind auf Massenfabrikation berechnet, bei der vorgezeichneten Verpflegung der Aufträge wird die Leistungsfähigkeit des Arbeiters bedeutend herabgesetzt, wodurch unbedingt eine Erhöhung der Affordhöfe erfolgen müßte, um nur die alten Verdienste zu erreichen. Jedenfalls werden wieder die Arbeiter diejenigen sein, aus deren Haut zur Rettung des Handwerks Riemen geschnitten werden sollen. Nur eine straffe Organisation kann uns vor Schäden bewahren.

Schlechte Kalkulatoren scheinen verschiedene Militäreffektenfabrikanten gewesen zu sein, als sie die Lieferung für die türkischen Seeresverwaltungen übernommen hatten und wobei die beteiligten Firmen nach den Mitteilungen der Zeitschrift „Die Lederindustrie“ nicht gerade rühmlich abgeschnitten haben. Es sind in der Hauptsache zwei deutsche Häuser an den Lieferungen von Militäreffekten für die türkische Regierung und zwar in Höhe von 4 Millionen Mark beteiligt. Die türkische Regierung verlangt nun in ihren Lieferungsbedingungen genau dasselbe Modell und dieselbe Ausführung, wie sie die Bedingungen für die deutsche bzw. preussische Seeresverwaltung vorschreiben. Dies bedingt natürlich auch dieselbe Qualität wie bei den preussischen Effekten. Nun wird in Deutschland für zwei Patronentaschen, Leibriemen, Schloß und Säbeltasche in der Regel 13,80 M. notiert. Für die Türkei ist die Lieferung aber zu 9,40 M. pro Garnitur franco Konstantinopel ausgeführt worden! Es soll angenommen werden, daß zur Verfertigung der Effekten natürlich Kernleder nicht verwendet worden ist, daß vielmehr Abfälle, auch nicht von Eifen- oder Stahlhäuten, sondern von Bullen verarbeitet wurden; trotzdem würde sich die Garnitur doch auf 10,30—10,50 M. unter den vorgeschriebenen Lieferungsbedingungen stellen. In früheren Zeiten wurde an Militärlieferungen, besonders während eines Krieges, Geld verdient, — heute gibt man solches zu, und das ausgerendert auch noch der Türkei! Bei den Ueberbungen um die Lieferungen nach dem Balkan kamen von Anfang an nur wenige Firmen in Betracht. Wäre es nun nicht möglich gewesen, daß sich diese Firmen vorher, ehe sie solche Gebote abgaben, verständigten und sich gleichmäßig an den Lieferungen für die Türkei beteiligten, anstatt auf diese Weise das Geschäft zu verderben? Dabei ist das Risiko, das in der Lieferung gerade nach der Türkei liegt, anscheinend überhaupt nicht ins Kalkül gezogen! Es kann den Lieferanten sehr gut passieren, daß sie auch bezüglich der Abrechnung noch erhebliche Schwierigkeiten bekommen; dann haben sie nicht nur zu billig, sondern vielleicht ganz umsonst geliefert! Eine an der türkischen Lieferung beteiligte Firma ist die Militäreffektenfabrik Hermann-Erfurt. Weil sie sich anscheinend bei der Kalkulation gründlich verhasen hat, versucht sie auf die Arbeitslöhne zu drücken, die bei der großen Preisunterbietung fast gar nicht in Betracht kommen. Da die Kollegenschaft sich solche Manipulationen nicht gefallen lassen will und auf keinen Fall geneigt ist, durch die Unterkalkulation der Firma zu den Leidtragenden gezählt zu werden, wurden sie entlassen. Hoffentlich findet sich kein Arbeiter, der dort zu niedrigeren Löhnen die Arbeit aufnimmt.

Die Lage in der Portefeullerindustrie in Offenbach wird auch in diesem Monat als ungünstig bezeichnet. Der Beschäftigungsgrad war schlechter als im selben Monat des Vorjahres. Damit zusammenhängend macht sich ein Ueberangebot in großem Maße bemerkbar und ebenso fand überall eine Verkürzung der Arbeitszeit statt. Für Sattler und Tapezierer war nach dem Bericht von Frankfurt am Main die Arbeitslosigkeit etwas günstiger; es wurden meistens Tapezierer für Kundheitsarbeit verlangt. — Bei den Sattlern der Provinz Württemberg sind die im Vormonat teilweise vorhanden

gewesenen günstigen Züge verschwunden und ist eine flane Lage vorherrschend geworden. Die Berliner Militärbranche ist nur beschäftigt, in der Portefeulleindustrie kann die Lage als befriedigend, hingegen die der Damen-taschenbranche als schlecht bezeichnet werden.

**Autorität im Betriebe.** Es ist ja und zu schon vorgekommen, daß der Arbeitgeber seinem Werkführer erklärt, er müsse sich unter den ihm unterstellten Arbeitern mehr Autorität verschaffen. Bei der Firma Kordlinger u. Kollod in Stuttgart liegt die Sache anders. Hier stellt der Werkführer die Verankerung der Autorität auf jeden Fall dar, an der nicht gerüttelt werden darf. Der frühere Kollege H. Zeller ist u. a. augenblicklich in der glücklichen Lage, einen solchen Rollen bei der Firma H. u. P. bekleiden zu dürfen. In einem nach kaufmännischen Grundrissen geleiteten Betriebe muß der Werkführer selbstverständlich auch ein guter Kalkulator sein. Diese Eigenschaft glaubt Herr Zeller auch in hohem Maße zu besitzen. Die Entwicklung sieht nicht still, folglich muß fortgesetzt umgeändert werden. Eine Rente oder ein Kapital weniger an einem Koffer — was geht ab? Laut Tarifvertrag wird bei Preisfestsetzung der erste Durchschnitts-Stundenverdienst zugrunde gelegt. Das geschieht, wenn ein Vorteil — für die Firma natürlich — herauspringt. Nebenher gibt es auch noch eine Detailberechnung. Mit diese günstiger, wird damit kalkuliert und zieht zur Erzielung von regulären Preisen die auch sonst üblichen Preise für sogenannte Schlager oder Vorkittel als Grundpreis zur Berechnung an. Billiger sollen ja sämtliche Artikel werden, deshalb kommen die Kollegen auch das ganze Jahr nicht aus der Lohnbewegung heraus. Jedem soll gestattet sein, einen bestimmten Satz zu verdienen, aber nicht darüber hinaus. Herr Zeller führt genaue Lohnstatistik und kann deshalb zu jeder Zeit nachweisen, was der einzelne verdient, das erfordert die kaufmännische Leitung. Der alte Stamm von Kollegen braucht auch die Vorteile, die er sich als Spezialist erworben, nicht einzulieken. Herr Zeller hat ja früher als Arbeiter mit noch weniger zufrieden sein müssen. Wir machen ihm den Vorschlag, er möge einen Artikel in der Praxis selbst anfertigen und einen Stundenlohn von 50 Pf. zur Kalkulation des Artikelpreises zugrunde legen, die Kollegen würden dabei nicht schlecht fahren. Es bliebe ihm auch die Ruhe erspart, durch heimliches und offenes Aushorchen der Kollegen sich besseres Kalkulationsmaterial zu verschaffen. Die vorgeschriebenen Drohungen: Wem's so nicht paßt, kann gehen, aber: Es ist mir egal, wenn alle gehen, wir bekommen Leute genug! wären dann mindestens überflüssig. Die Autorität wird dadurch nicht erhabener, das hat der ehemalige, in die Ferien gegangene Betriebsleiter bewiesen. Wenn es absolut verlangt wird, bleibt den Kollegen nichts übrig, als in ihrer Gesamtheit die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Die Kollegen allerorts können sich das merken; sie können, wenn sie Lust verspüren, Erfolge leisten.

Warum die Kollegen dieses Bild an dieser Stelle entrollen? Weil die letzte Betriebsversammlung zu der Auffassung gelangt ist, daß auf anderem Wege keine Besserung zu erwarten ist, denn — im Betriebe muß die Autorität hochgehalten werden, und zwar unter allen Umständen! —

**Unland.**

**Amerika.** Der Verband der Sattler (Brotherhood of Leather Workers or Horse Goods) hatte in jüngerer Zeit sehr arg dadurch zu leiden, daß der Unternehmerverband (National Saddlery Manufacturers Association) mit allen Mitteln danach strebt, die organisierten Arbeiter aus allen Betrieben zu verdrängen und sie durch Nichtverbändler zu ersetzen. Einige große Firmen in Chicago, die bis Anfang 1911 im Vertragsverhältnis mit dem Verband standen, haben ihre Betriebe als sogenannte „Open Shops“ erklärt, worauf es zum Arbeitskampf kam, der noch andauert; das Unterliegen in diesem Kampfe würde für den Sattlerverband eine schwere Schwächung bedeuten.

Die Natur hat die Erhöhungen zur Befolgung der Arbeit, nicht zur Beschäftigung des Müßigganges bestimmt. Arbeit, Vergnügen und Ruhe, jedes zu gleichen Teilen und nach dem Stande der Natur gewandelt, wirken Wunder. Ohne Arbeit ist keine Gesundheit der Seele, noch des Leibes, ohne diese keine Glückseligkeit möglich. Aber die Natur will, daß ihr die Mittel zur Erhaltung und Verhütung Cures Tafels als Früchte einer mäßigen Arbeit aus ihrem Schoße ziehen sollt. Nichts als eine aus dem Grade unserer Kräfte abgemessene Arbeit wird Euch die Gesundheit erhalten.

(Wieland im „Goldenen Spiegel“, 1704.)

**Korrespondenzen.**

**München a. d. Ruhr.** (E. 20. 2.) Mittwoch, den 14. Februar, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Unsere nächste Generalversammlung rief eine interessante Debatte hervor. Eingeleitet wurde die Besprechung der Generalversammlung durch ein Referat des Kollegen Strauß. Nachdem besprochen wurde die Entwicklung unserer Organisation vom Tage der Verschmelzung mit den Portefeullern bis heute und konstatierte, daß das Ergebnis ein befriedigendes zu nennen sei. Im weiteren Verlaufe kam derselbe auf die Generalversammlung in München zu sprechen und deutete in seinen Umrissen an, was wir von derselben zu erwarten haben. Nachdem Kollege Strauß der vom Zentralvorstand in Aussicht gestellten Beitragserhöhung das Wort gesprochen hatte, kam derselbe zum Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Hierauf setzte eine rege Diskussion ein, an welcher sich hauptsächlich die älteren Kollegen beteiligten. Den Ausführungen war zu entnehmen, daß ein Teil der Kollegenschaft eine eventuelle Beitragserhöhung nicht begrüßen und ein anderer Teil sie für notwendig und angebracht halten. Nach langem Für und Wider wurden verschiedene schriftliche Anträge eingebracht. Ein Antrag des Kollegen Strauß, welcher zum Gegenstande die Lokalfahreneinrichtungen hatte, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag wurde gestellt vom Kollegen Tige. Letzterer verlangte in seiner Begründung: „Die Generalversammlung solle beschließen, die Gewährung von 10 Pf. zu bewilligen unter der Bedingung, daß die Filialen statt 20 Proz. 30 Proz. erhalten und die Lokalzuschläge abgesetzt werden.“ Dieser Antrag wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Jetzt kam man zur Delegiertenwahl und wurden als solche nominiert die Kollegen Anger, Hündinger und Stalinski. Damit waren die Verhandlungen über die Generalversammlung abgeschlossen.

Der Vorsitzende Kollege Nagel erstattete am Schluß noch einen kurzen Bericht über die jetzt zur Reife gehende Geschäftsjunkturen der Firma Wiemer u. Koll. Er wies darauf hin, daß nun diese gute Periode, in welcher eine Anzahl Kollegen ausnahmsweise im Gegensatz zu anderen Jahren mal fortgesetzt Arbeit gehabt hätten, jetzt zur Reife gelde. Die Folge davon sei, daß eine Anzahl Kollegen arbeitelos werden. Die Organisationsleitung halte es für ihre Pflicht, beim Scheiden mit Nachdruck den Kollegen anheimzugeben, wie notwendig es sei, dem Verbands die Treue zu bewahren. Nur dann, wenn alle Kollegen von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens überzeugt wären, ist es möglich, daß etwas Ersprießliches zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt würde. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden noch kräftig unterstützt durch einen warmen Appell an die jungen Kollegen durch den Kollegen Strauß.

**Wpolsa.** (E. 20. 2.) In der Versammlung am 17. Februar entspann sich eine längere rege Debatte gegen die Erhöhung der Beiträge. Unter anderem wurden die Agitationsstunden des Vorstandes und der Gauleiter kritisiert. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung protestiert gegen den Austausch der Gauleiter an andere Gauen wegen der großen Unkosten, die keineswegs sich vereinbaren zu den Erfolgen, die wir uns versprechen.“ Als Delegierter zur Generalversammlung wurde Kollege Schneider vorgeschlagen.

**Konstanz.** Am 17. Februar fand unsere regelmäßige Monatsversammlung statt, in der als wichtigster Punkt: „Stellungnahme zur Generalversammlung in München“ auf der Tagesordnung stand. In längerer Diskussion spricht sich die Mehrzahl der Kollegen gegen die Erhöhung der Beiträge aus mit der Begründung, einesseits unserer hiesigen Lohnverhältnisse wegen und daß die Agitation durch höhere Beiträge in den kleinen Verwaltungszellen sehr erschwert würde. Schließlich wurde folgender Antrag angenommen: „Die Ortsverwaltung Konstanz lehnt die Erhöhung der Beiträge ab, wünscht aber, falls dieselbe dennoch durchgeführt wird, daß die Karenzzeit bei Krankenunterstützung von 7 auf 4 Tage herabgesetzt wird.“ Eine Anfrage der Ortsverwaltung Reutlingen, ob wir für eine Gaukonferenz vor der Generalversammlung zu haben sind, wurde von allen Kollegen in bejahendem Sinne beantwortet. Nachdem noch einige Punkte, hauptsächlich Werkstattagitation für unsere öffentliche Sattlerversammlung, besprochen waren, fand die ausregende Versammlung ihr Ende.

**Berlin.** (E. 23. 2.) In der Versammlung der Wagenbranche berichtete der Obmann über die im Frühjahr stattgefundenen Lohnbewegungen. Von einer gemeinsamen Lohnbewegung der Wagenbaukommission angeführten vier Organisationen mußte wegen des schlechten Organisationsverhältnisses, namentlich der Metallarbeiter und Lederer, abgesehen werden. Aber auch eine allgemeine Lohn-

bewegung der Wagenbauarbeiter fand trotz des guten Organisationsverhältnisses nicht die nötige Zweidrittel-Majorität. Folglich blieb es jedem Betrieb überlassen, einzeln vorzugehen. So bei Hermsdörfer, Sasse, Krantz, Stein, Goede, Wienede, Voll u. Nuhebed und den Erzmotorenwerken in Reinickendorf. Bei Sasse, Hermsdörfer und Wienede kam es zum Verzichte zwischen den Betriebsinhabern und den Organisationen. An Lohnerhöhungen wurden durchweg 2-5 Pf. die Stunde erzielt, ebenso eine Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden bei Sasse und Voll, und Nuhebed, bei Hermsdörfer erst vom 1. April 1912 ab, und bei Wienede von 54 auf 53 Stunden. Der Mitgliederbestand stieg von 182 auf 212 im verfloffenen Jahre. Die Kosten der Agitation betragen 210 Mk. Dieselben könnten wesentlich geringer sein, wenn die Kollegenschaft mehr als bisher ihre oft heilsamen Werkstattangelegenheiten selbst regeln würden.

Über unsere Stellungnahme zur Brandenkongferenz führte Kollege Zielski folgendes aus: Wenn der Wunsch nach einer Konferenz auch schon vor Jahren laut wurde, so sei doch das jetzige Trängen erst durch den Artikel in Nr. 32 des Zentralvorstands „Ueber Förderung der Brandeninteressen“ veranlaßt. Der im letzten Artikel enthaltene Vorwurf, daß die Tarifkommission nicht genug das Interesse der Kollegen wahrgenommen habe, weist Kollege Zielski damit zurück, daß es der Tarifkommission bis jetzt noch an der nötigen autoritativen Mandatvollkommenheit fehle, es liege auch vielfach an der Kollegenschaft selber, die nicht die ihr unbedingt nötige Unterstützung leiste. Zur Frage der Konferenz selber ergänzte Kollege Zielski seine in Nr. 2 dieser Zeitung gemachten Ausführungen. Der Zentralvorstand Kollege Blum betonte: es sollte für die Tarifkommission kein Vorwurf sein, aber was der Meißerartikel- und Militärbranche gelungen, sollte auch der Wagenbranche möglich sein. Ehe nicht durch die eingeleiteten Vorarbeiten die Notwendigkeit der Konferenz dargestellt, könne an eine Bewilligung der Kosten nicht gedacht werden. Der Zentralvorstand wolle ja auch im Zeichen der Tarifkommission mit den anderen in Betracht kommenden Organisationsvorständen über ein planmäßiges Vorgehen verhandeln. Kollege Zielski führt: noch aus, daß die Wagenbranche denn doch ein viel schwierigeres Arbeiten, erweise wegen der Kapitalmacht der Autofabriken, und zweitens wegen der Vielseitigkeit und Größe der heranzuziehenden Arbeitskräfte habe, als z. B. die Militärbranche, wo jeder Kollege auf den ersten Blick weiß, ob eine Arbeit gut oder schlecht bezahlt ist. In der Diskussion über diesen Punkt sagte Kollege Weber: es sei nicht notwendig, daß man schon vor einer Konferenz die Marschroute fix und fertig habe, das würde sich schon auf der Konferenz finden. Von einer Verstärkung der Tarifkommission wurde abgesehen. Man jedoch dem Kollegen Zielski Gelegenheit zu geben, mehr als bisher für die Tarifkommission zu arbeiten, wurde er von dem Posten als Brandenkommismissionsmitglied auf seinen Wunsch entbunden, und die Kollegen Weber und Werner gewählt. Ein Antrag des Kollegen Krause auf Unterstützung der ausgeschiedenen arbeitslosen Mitglieder wurde einstimmig angenommen. Ein zweiter Antrag, den Kollegen Wunsch in unserer Verband aufzunehmen, wurde, da der Kollege nicht anwesend war, auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

**Werrane.** (E. 24. 2.) Sonntag, den 18. Februar, fand in Zwickau eine Bezirksversammlung der Filialen Zwickau, Wehrbau, Werrane und Niederschlema statt, welche sich hauptsächlich mit der diesjährigen Generalversammlung befaßte. Genosse Redakteur Barth-Zwickau referierte über: „Die rechtliche Sicherstellung des Arbeitslohnes“. Der Beitragserhöhung stehen familiäre Kollegen abnehmend gegenüber. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung legt hiermit gegen die vom Zentralvorstand geplante auf der Generalversammlung in München zu beschließende Beitragserhöhung Protest ein, denn dadurch würde die Agitation in den kleinen Filialen sehr erschwert werden. Die bis jetzt stattgefundenen Verbandstage haben uns stets eine Erhöhung gebracht und diesmal sollte doch davon abgesehen werden. Kommt dieselbe doch zustande, dann sind obgenannte Filialen für Einführung der Stufenbeiträge.“

Als Delegierter nach München wurde der Kollege Schwanke einstimmig in Vorschlag gebracht. Die Abhaltung einer Gaukonferenz kam ebenfalls zur Sprache und wurde eine solche noch vor der Generalversammlung bei der Gauleitung beantragt. Zum Schluß machte der Vorsitzende die Kollegen auf die am 3. März in Wehrbau stattfindende Versammlung, in welcher Kollege Barth anwesend ist, aufmerksam und ersuchte, diese zahlreich zu besuchen.

**Dalle a. S.** (E. 25. 2.) In der Versammlung am 17. Februar entspann sich über den Punkt: „Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung in München“ eine lebhafte Debatte betreffs der Frage der Beitragserhöhung. Es wurde hierzu der Wunsch geäußert, eine Abstimmung darüber ent-

scheiden zu lassen, da die Erhöhung der Beiträge nur ein Nachwerk der Großstädte ist. Es wurden mehrere Großstädte angeführt, die heute noch 5 Pf. Totalzuschlag zahlen, mögen doch diese erst ihren Totalzuschlag erhöhen, um bei großen Lohnkämpfen die Kollegen aus der Totalkasse finanziell unterstützen zu können. Die Agitation in unserem Vereine auf dem Lande sowie in den kleinen Städten bei den jetzigen Beiträgen ist schon so schwierig, da die Kollegen der kleinen Orte sich stets darum bemühen, sie seien nur zahlende Mitglieder, ihre Löhne und Arbeitsverhältnisse könnten nie verbessert werden. In die Lohnverhältnisse der kleinen Orte können sich aber die Kollegen der Großstädte nicht hineinreden, sonst würden sie es für unmöglich halten, die Beiträge für diese Kollegen noch zu erhöhen. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde Kollege Strauß vorgeschlagen. Zu Punkt 2 sprachen sich alle Redner für eine Einberufung einer Gaukonferenz aus, welche sofort beim Gauvorstand beantragt werden soll, um noch vor der Generalversammlung zu tagen. Durch die Gaukonferenz soll es den kleinen Verwaltungsstellen, welche auf der Generalversammlung nicht vertreten sein können, ermöglicht werden, ihre Wünsche und Anträge dort zum Ausdruck zu bringen. Der Antrag vom Kollegen Strauß, die Konferenz sofort zu beantragen, wurde einstimmig angenommen. Es wurde noch darauf hingewiesen, wichtig für unsere Delegierten zur Generalversammlung zu agitieren, da die letzte Generalversammlung gezeigt hat, daß ein Delegierter einer größeren Verwaltungsstelle die Anträge unsererseits nicht vertreten kann. Alsdann gab unser Kartelldelegierter, Kollege Kleemann, den Kartellbericht. Auch an diesem schloß sich eine längere Debatte über die Preisoberkommission und die Bedienung in unserem Volkspark. Im Punkt Verschiedenes gibt der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Mitgliederversammlung ausfällt, da am Mittwoch, den 6. März, eine öffentliche Sattlerversammlung stattfindet, wo der Gauleiter Parisch aus Görlitz einen Vortrag halten wird. Am Sonntag zuvor soll eine rege Hausagitation stattfinden, wozu alle Kollegen aufgefordert werden. Treffpunkt Sonntag, den 3. März, früh 8 Uhr im „Englischen Hof“.

**Hannover.** (S. 26. 2.) Unsere Mitgliederversammlung vom 17. Februar beschäftigte sich im ersten Punkt der Tagesordnung: „Anträge zur Generalversammlung“ hauptsächlich mit dem geplanten Antrag des Zentralvorstandes betriebs Beitrags-erhöhung. In der lebhaften Diskussion, die hierüber stattfand, wurde anerkannt, daß für eine zielbewußte und aufwärtsstrebende Organisation, wenn sie allen Anforderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete, insbesondere in Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder gerecht werden will, das beste Fundament gute Klassenverhältnisse sind. Eine Notwendigkeit, die Beiträge jetzt zu erhöhen, wurde aber nicht anerkannt mit der Begründung, daß unser Klassenbestand durchaus nicht ungünstig ist, dazu kommt noch die fünfjährige tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eines großen Teiles unserer Mitglieder und haben wir in dieser Zeit wohl schwerlich mit großen Kämpfen zu rechnen. Insbesondere wurde noch zum Ausdruck gebracht, daß unsere famose Reichsfinanzreform bezw. Versicherungsordnung und die Erhöhung der Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung gebracht hat, dazu kommt noch die Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel und nun verlangt der Zentralvorstand in Nachahmung dessen ebenfalls noch neue Opfer von den Mitgliedern ohne jedwede Gegenleistung. Es wurde ein Antrag eingebracht, daß die Versammlung nur dann für eine Erhöhung der Beiträge ist, wenn zugleich die Arbeitslosenunterstützung erhöht wird. Mit großer Majorität wurde ein anderer Antrag angenommen, wonach die Versammlung jede Beitragserhöhung ablehnt. Ein Antrag der Filiale Braunschweig, noch vor der Generalversammlung eine Gaukonferenz abzuhalten, wurde angenommen. Bei der Aufstellung der Kandidaten als Delegierte zur Generalversammlung wurde Kollege Schmidt einstimmig als Kandidat aufgestellt und erklärte derselbe sich bereit, sollte er gewählt werden, die Wahl auch anzunehmen. Infolge der vorgeschrittenen Zeit fand die Tagesordnung nicht ihre volle Erledigung und mußte die Versammlung geschlossen werden.

Kann die Armut durch eine vernünftige und gerechte Güterverteilung aus der Welt geschafft werden? Ja! Wenn die Glücksgüter nur den Rechtsschaffenen zugeteilt würden, würden alle Rechtsschaffenen reich sein. Armut ist durchaus nicht notwendig. Das Leben der Armen heißt Leben ohne alles Besitztum. Das kann man nicht verteidigen, wohl aber verteidigt ich das Leben dessen, der sich der Arbeit fleißig widmet.  
(Krisophanes in „Plutos“, 400 v. Christi.)

**Soziales.**

**Die preussischen Sparkassen im Jahre 1910.** Der Zuwachs der Spareinlagen betrug im Jahre 1910 774,6 Millionen M., so daß sich ein Gesamtbestand von 11,1 Milliarden ergibt. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen demnach 276,88 M., gegenüber 250,40 M. im Vorjahre. 1900 entfielen auf den Kopf der Bevölkerung 166,68 M., 1890 109,55 M. Die Kappquote hat sich regelmäßig und stetig sehr erheblich vermehrt. Sie liegt in den letzten 30 Jahren auf das Fünffache. Die Zahl der preussischen Sparkassen ist im Jahre 1910 um 19 gestiegen, so daß insgesamt in Preußen 1711 Sparkassen bestehen; von ihnen sind 776 städtische, 272 Landgemeindefassen, 473 Kreis- und Amtsparkassen, nur sechs Provinzial- oder ständische Kassen und 186 sind Vereins- und Privatfassen. Von den eingezahlten Summen entfallen etwas über 51 Proz. auf die städtischen Sparkassen und 33 Proz. auf die Kreisparkassen. Die anderen Gruppen sind mit 3 bis 7 Proz. beteiligt. Die Zins-einnahmen betragen 1910 463,12 Millionen M., denen 370,49 Millionen M. Zinsausgaben gegenüberstehen, so daß sich ein Zinsüberschuß von 92,63 Millionen M. ergibt. Von ihm sind die Verwaltungskosten in Höhe von 20,56 Millionen M. zu bestritten. Im Jahre 1909 standen 422,32 Millionen M. Einnahmen 348,05 Millionen M. Ausgaben gegenüber. Von dem Ueberschuß in Höhe von 84,27 Millionen M. waren 18,68 Millionen M. Verwaltungskosten zu decken. Wie man aus den Zahlen ersieht, fließen in den Sparkassen recht erhebliche Geldmittel der kleinen Leute zusammen, so daß sich für die Konsumvereine hier noch ein recht weites Feld der Betätigung eröffnet.

**Rundschau.**

**Aus dem Reichstage.** Hier geht alles, soweit die Technik des Betriebes in Betracht kommt, wie geschmiert, wieweilgleich zurzeit immer noch der rote „Ritz“ prä-sibiert. Der Abgeordnete Scheidemann und ein ge-wisser Krenker sind seit geraumer Zeit die in Berlin am meisten genannten Zeitgenossen. Zwar hat der Zentner nur drei Menschen ermordet, während unser Genosse sich schandbarerweise zum ersten Vizeprä-sidenten des Reichstags hat wählen lassen. Jeder wahrhaft national gekannte Mann wird aber einsehen, daß trotz scheinbarer Unterschiede zwischen den beiden Menschen ein so großer Unterschied gar nicht besteht. Ja — und nun denkt man das Unglaubliche zu Ende: sigt der niederträchtige Kerl da oben, als wenn er kein Wässerschen trüben könne, obwohl er, nach den feierlichen Schwüren des Reichstanzlers, der aus-gemachtete Majestätsbeleidiger ist, und spricht, als könne das gar niemand so schön wie er! das Wort hat der Herr Staatssekretär!

Es ist zum Auf-die-Bäume-Helfern! Und wenn der konservative Abg. Gans Ehler Herr zu Puffis nicht schon ein wenig fleißiger wäre, er würde längt vor Verweisung auf den höchsten Apfelbaum im Tier-garten gestelkt sein. Dem Sozi will er ans Kra-wattler fahren und — äh — äh — Erbschaftsteuer? Daß ich nicht lache! Das war's, was er zum Etat zu sagen wußte.

Um die Erbschaftsteuer und die demnächst kom-mende Militärvorlage machten die bürgerlichen Redner sich den meisten Kummer. Einzig der Fort-schrittler Gothein, ein liberaler Volkspirt, behandelte auch andere Fragen. Gerade bei diesen Verhand-lungen zeigte sich der fundamentale Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Politik. Dort Schürzen an der Oberfläche, hier tiefgründiges Wirken und Verlangen nach grundrührenden Re-formen zwecks Erreichung eines großen Ziels.

So verschieden die Dispositionen auch gewesen sind, in ihrer Art war jede der sozialdemokratischen Reden der Genossen Dr. Frank, Ledebour und Dr. David, die unsere Leser aus der Tagespresse kennen, gut. Ledebour schloß die Erbschaftsberatung ab mit einer ellen Komödie, die der rechtsnationalliberale Abge-ordnete Schiffer ingenieuriert, um seiner Fraktion den Anschluß an die Mitte und Heiligen wieder zu ermöglichen. Dieser nationalliberalen Nebenbuhler ist nämlich Angst vor der eigenen Kurage geworden, die sie bei der Stimmenabgabe für Bebel und Scheid-mann beklundet haben. Und nun schwur der Schiffer Stein und Wein, daß seine Freunde nur deshalb für die Sozi gestimmt hätten, weil diese angeblich bereit gewesen wären, auch den Kaiser hoch leben zu lassen! Ausgerechnet die beiden: Bebel und Scheidemann! Eine nette Nummer, dieser Herr Schiffer.

Am 22. Februar kamen die von den Sozialdemo-kraten und Freisinnigen eingebrachten Interpellatio-nen betr. Suspendierung des Kartoffelzolls zur Ver-handlung. Für die Arbeiter sprachen Bod-Gotha und A. H. v. Braunshweig. Beide rollten das Glendbild auf, das unseren Lesern bekannt ist: infolge der Teuerung immer mehr Einschränkung bei dem Genuß guter Nahrungsmittel, dafür Ersatz durch die Kartoffel, die auch immer teurer wird.

Kartoffeln in der Früh.  
Des Mittags in der Mitt.  
Des Abends in ihrem Meid,  
Kartoffeln in Gungel!

Der Kartoffelzoll fest jedes Jahr am 15. De-zenber ein; sobald die einheimischen Vorräte knapp werden und die Einfuhr ausländischer Frühkartoffeln beginnt, soll er die Preise hochhalten. Die Inter-pellationen hatten infolgedessen Erfolg, als der Bundes-rat beschloß, daß „aus Wirtschaftsründen Kar-toffeln vorjähriger Ernte nach dem 14. Februar bis zum 1. April (!!) zollfrei einzulassen“. Angesichts der großen Not hatte die Regierung nicht den Mut, ein glattes Nein auszusprechen; aber aus Angst vor den Agrariern hat sie wiederum nicht gewagt, mehr zu gewähren als einen Tropfen auf den heißen Stein.

Am 23. Februar wurden in erster und zweiter Lesung die Gesetzesentwürfe betr. die internationale Konvention gegen den Mädchenhandel und der Han-delsvertrag mit der Türkei genehmigt.

Eine ausgiebige Debatte verurteilte der Gesetzentwurf betr. den Verlust und die Erwerbung der Staatszugehörigkeit. Der nach dem Auslande gehende Deutsche soll nicht mehr so leicht wie bisher seine Staatszugehörigkeit verlieren; wer sie ver-lassen hat, soll sie leichter wieder erwerben können. Die Tendenz des Gesetzes ist gut, aber selbstverständ-lich ist die Vorlage wieder mit allerlei Bestimmungen gespickt, die der Polizei noch weitere Erschlau-möglichkeiten einräumen, als sie ohnedies schon hat. Darauf wies namentlich Liebknecht hin. Der Gesetzentwurf wird in der Kommission einer gründ-lichen Korrektur unterzogen werden müssen.

Der Reichstag vertagte sich dann bis zum 27. Februar.

**Genosse Paul Horn,** Hauptkassierer des Berg-arbeiterverbandes, ist infolge eines schweren Nerven-leidens, verbunden mit einem Herzanfalle, am 23. Februar, verstorben. — Paul Horn wurde am 22. August 1858 in Scheibitz bei Zwickau geboren. Früh schon widmete er sich der modernen Arbeiterbewegung. Am 1. August 1880 trat er dem 1876 gegründeten Bergarbeiterverband bei. 1884 wurde er Mitglied des Verbandsvorstandes, 1889 beteiligte er sich an dem großen Streik und wurde gemagtelt. 1893 fandte ihn der Bergbaubezirk Zwickau in den sächsi-schen Landtag, dem er bis 1899 angehörte. Infolge der von den Konservativen und Nationalliberalen vorgenommenen Wahlrechtsveränderung konnte Horn nicht wiedergewählt werden. 1892 wurde er im sächsischen Bergarbeiterverband zum Hauptkassierer gewählt, welchen Posten er bis zur polizeilichen Auf-lösung 1895 bekleidete. Dann widmete er sich dem Konsumvereinswesen. 1903 wurde er auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in den Verbandsvorstand gewählt. Diesen Posten be-kleidete er, bis die tödliche Krankheit ihn an das Bett fesselte. Nach dem Streik 1889 mußte er ein volles Jahr hinter Gefängnismauern zubringen; er hatte einen Vertrag beileidigt. So hat Paul Horn auch die „Freuden“ des Bergarbeiteragitatoren kennen gelernt. — Nach 32jähriger Tätigkeit im Dienste der Arbeiterklasse ist Paul Horn, erst 53 Jahre alt, ge-storben. Seine Kameraden und Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Polizeiliche Überwachung einer Werkstuden-versammlung.** In der landwirtschaftlichen Maschinen-fabrik von Rötter M.-G. in Gassen sollte eine Ver-sammlung der beschäftigten Arbeiter abgehalten wer-den, die sich mit Mißständen bei der Firma und den dagegen zu treffenden Maßnahmen beschäftigen wollte. Die Versammlung war einberufen vom Re-tallarbeiter-, Holzarbeiterverband und vom Gewerk-verein der Maschinenbauer. Zur Verteilung der Einladungsgettel hatte ein Arbeiter beim Bürger-meister die Genehmigung eingeholt. Der Bürger-meister machte hierbei die Bemerkung, er müsse ja leider die Erlaubnis erteilen, werde der Firma aber sofort davon Mitteilung machen. Die Erlaubnis zur Verteilung wurde dann gegeben. Am Eingang zum Versammlungslokal wurde strenge Kontrolle geübt und jedem, der nicht bei der Firma beschäftigt war, der Zutritt unterlag. Als bei Eröffnung der Ver-sammlung nochmals aufgefordert wurde, daß alle nicht bei der Firma beschäftigten Arbeiter den Ver-sammlungsraum verlassen sollten, kam der in der Versammlung anwesende Polizeibeamte dieser Auf-forderung nicht nach; alle Hinweisungen auf das Vereinsgesetz nutzten nichts, der Beamte blieb im Saal. Die Versammlung wurde nicht abgehalten. Gegen den Beamten wird Beschwerde erhoben werden.

Ein anderer Vorgang ist ebenso merkwürdig. Einige Arbeiter der Firma hatten Forderung auf Lohnhöhung gestellt. Die Arbeiter wurden zur Begründung ihrer Forderung wiederum ins Kontor bestellt; sie sollten hier unter Aufsicht eines Poli-zisten ihre Forderungen noch einmal vortragen.

